

Gegner wegen dessen amouröser Affären die sogenannte Charakterfrage stellen, ihn als gefährlichen Libertin anprangern und sich selbst als Inbild von Vaterlandsliebe, Gottesfurcht und Familientreue verkaufen.

Der Demokrat, der aus den vergangenen Niederlagen seiner Partei gelernt hat, wird der Mittelklasse Steuersenkungen versprechen und seinen populistischen Neigungen durch Angriffe auf „die Reichen“ nachgeben. Nach elf Jahren im Senat, bekennt der Republikaner Rudman, habe er endlich herausgefunden, warum Politiker mit ihren Wählern nicht mehr ernsthaft über Probleme reden könnten: „Die Leute sind zu lange belogen worden.“

Keine der beiden großen Parteien verfügt derzeit über eine feste Wählerkoalition, die den Sieg garantieren könnte. Seit Mitte der siebziger Jahre stagnieren oder fallen die Realeinkommen für Angehörige der Mittelklasse, die rund zwei Drittel aller US-Bürger umfaßt. Zwar sind die Familieneinkommen im gleichen Zeitraum noch immer leicht gestiegen, aber das liegt an den Zusatzverdiensten der arbeitenden Ehefrauen.

Daß es nicht mehr vorangeht, lasteten die Wähler nach dem Ende Jimmy Carters zunächst den Demokraten an. Seit 1980 stimmten weiße männliche Arbeiter – der entscheidende Faktor jedes Präsidentschaftswahlkampfes – im Verhältnis zwei zu eins, im Süden gar von drei zu eins, zugunsten der Republikaner.

Nach Auffassung der Abtrünnigen hatten die Demokraten das historische Versprechen gebrochen, die Früchte des Wirtschaftswachstums an eine immer breiter werdende Mittelklasse zu verteilen. Der umverteilende Staat war in ihren Augen vielmehr zum Gegner des „kleinen Mannes“ geworden.

Nun sollte – so die Verheißung der Republikaner – die entfesselte Wirtschaftskraft des Individuums für neue Wachstumsraten sorgen. Doch auch das erwies sich als Illusion. Die ungewöhnliche Wählerkoalition aus Wohlhabenden und frustrierter Arbeiterschaft, die Ronald Reagan zusammenschmiedete, mußte auseinanderbrechen, als sich die Ungleichheit bei der Einkommensverteilung nicht mehr verheimlichen ließ.

Zwischen 1977 und 1989 stieg das versteuerbare Einkommen des reichsten Prozents der US-Bevölkerung um 77 Prozent, des reichsten Fünftels um 29 Prozent. Das zweite und dritte Fünftel legten



Bush-Herausforderer Clinton
Kandidat der Wende?

um 9 beziehungsweise 4 Prozent zu, das vierte verlor 1, das fünfte Fünftel sogar 9 Prozent seines Einkommens. Die Bilanz des Reagan-Zeitalters: 60 Prozent der realen Einkommenszuwächse kamen einem einzigen Prozent der Amerikaner – den vermögendsten – zugute.

Schon in der zweiten Reagan-Amtszeit begann deshalb die republikanische Wählerkoalition zu bröckeln. Trotz unermüdlischen Einsatzes für bedrängte Parteifreunde konnte Reagan 1986 nicht verhindern, daß die Demokraten die Mehrheit im Senat zurückeroberten.

Als sein Nachfolger George Bush zum Amtsantritt eine „gütigere und sanftere Nation“ versprach, war das durchaus als Kontrast zu seinem Vorgänger gedacht, der sich zuwenig um das Wohlergehen der breiten Mittelklasse gekümmert hatte. Doch die Trendwende konnte und wollte auch Bush nicht einleiten. Fast drei Viertel aller Wähler sind heute überzeugt, daß der Präsident sein Versprechen gebrochen hat.

Der Verlauf des diesjährigen Wahlkampfes zeigt deutlich den Wählerunmut. Trotz seiner Etappensiege ist Bush in Bedrängnis: „Was bislang nur eine Theorie war“, sagt der Wahlkampfexperte David Axelrod aus Chicago, „ist jetzt bewiesen: Die Leute sind bereit, für einen Wandel zu stimmen.“

Fast die Hälfte der Demokraten von Michigan und Illinois, die 1988 Bush ge-

wählt hatten, nahmen vergangene Woche wieder an den Vorwahlen der Demokraten teil. Acht von zehn republikanischen Wählern, die in Maryland ihre Stimme aus Protest für Bushs konservativen Herausforderer Patrick Buchanan abgegeben haben, wollen im November demokratisch wählen.

Das Wort „change“, Wandel, verwendet Bill Clinton deshalb in jeder Wahlrede gleich ein dutzendmal. Doch ob er als Kandidat der Wende glaubwürdig ist, scheint ungewiß. Fast 50 Prozent aller Wähler, die in den frühen Vorwahlen für die demokratischen Bewerber gestimmt hatten, klagten über den Mangel an überzeugenden Alternativen.

Die Folge ist ein verhängnisvoller Kreislauf: Der Zynismus der professionellen Wahlkämpfer verstärkt den Zynismus der Wähler. Die Erfahrung ihrer Machtlosigkeit fördert Intoleranz und Polarisierung. Das „Auseinanderbrechen der Vereinigten Staaten“, die Aufsplitterung der Gesellschaft in sich befehdende Einzelgruppen, stellt nach Ansicht des Historikers Arthur Schlesinger eine wachsende Gefahr dar.

„Der Zustand unseres politischen Dialogs“, grämt sich auch der Wählerexperte Dionne, „führt uns zu einer Politik des Hasses.“

USA/Israel

Ständige Qual

Das Zerwürfnis zwischen Jerusalem und seiner amerikanischen Schutzmacht hat viele US-Juden in einen Loyalitätskonflikt gestürzt.

Der Amerikaner Peter B. Edelman hat eine jüdische Biographie, auf die er stolz ist. Er entstammt einer Rabbinerfamilie. In seiner Jugend verbrachte er manchen Sommer in Ferienlagern, in denen nur Hebräisch gesprochen wurde.

Wie die meisten Diaspora-Juden hatte er mehr als nur eine Heimat. Er fühlte sich von klein auf sowohl seinem Volk und dessen Geschichte verbunden als auch seinem Geburtsland, den Vereinigten Staaten. Die Sorge um Israel betrachtete er stets als existenzielle Pflicht aller Juden. Kritik an der Politik in Jerusalem war deshalb in seiner Familie tabu.

Doch nun hat Edelman, 54, Professor an der Georgetown Law School in Washington, dieses „selbst auferlegte Schweigen“ gebrochen: „Israel hat einen gefährlichen Weg eingeschlagen und ist dabei, viel Vertrauen und Sympathie in den USA zu verspielen.“ Der Grund für seine Enttäuschung: „Premier Jizchak

Schamir will keinen Frieden mit den Arabern.“

Seither muß sich Edelman von Anhängern seiner Glaubensgemeinschaft die Frage stellen lassen, ob er überhaupt noch „einer von uns“ sei oder zu den Abtrünnigen, den „selbsthassenden Juden“ gehöre.

Unter den sechs Millionen amerikanischen Juden – knapp zwei Millionen mehr, als Israel jüdische Bürger hat – gärt es. Orthodoxe wie Weltliche, Liberale wie Konservative sind über ihr Verhältnis zur Heimat der Urväter in erbitterten Streit geraten. Es ist eine Auseinandersetzung, deren Ausgang für die Zukunft und die Sicherheit Israels von entscheidender Bedeutung sein kann.

Der strenggläubige Rechtsgelehrte Edelman, der nie ohne seine Kippa auf dem Kopf das Haus verläßt, leitet die Organisation „Americans for Peace Now“. Deren 10 000 Mitglieder, darunter 242 Rabbiner, verfechten die Formel „Land gegen Frieden“.

Die Forderung, daß Israel einen Teil der besetzten Gebiete im Westjordan-



US-Jude Edelman
Schweigen gebrochen

land und im Gazastreifen räumen müsse, um dafür Frieden mit den Palästinensern einzutauschen, erheben auch US-Präsident George Bush und sein Außenminister James Baker. Die sture Weigerung des israelischen Regierungschefs Schamir, über eine Rückgabe auch nur zu diskutieren, hat zum bisher schlimmsten Zerwürfnis zwischen Israel und seiner Schutzmacht geführt.

Ein monatelanges diplomatisches Gezerre entstand, das auch die jüdische Gemeinde in Amerika entzweite: Israel wünschte von Washington die Übernahme einer Kreditbürgschaft in Höhe von zehn Milliarden Dollar, um russische Einwanderer integrieren zu können. Die Bush-Regierung knüpfte ihre Zusage an die Bedingung, das Geld nicht für weitere Neuansiedlungen in den besetzten Gebieten auszugeben – eine Forderung, die sich Schamir als „eklatante



Amerikanische Demonstration für Frieden in Nahost*: „Die Stimmung wird anti-

Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten“ verbat.

Als Bush vorige Woche einen Kompromißvorschlag aus dem Senat ablehnte, beschloß Israel, lieber ganz auf die Kreditbürgschaft zu verzichten. „Die Bedingungen, die man uns zu diktieren versuchte“, erklärte der israelische Verteidigungsminister Mosche Arens in Washington schroff, „sind von einer israelischen Regierung unmöglich zu akzeptieren.“ Es gebe keinen Grund, eine neue Hilfsbitte an die USA zu richten. „Wir werden bei den jüdischen Gemeinden in der Welt Mittel für die Eingliederung der Einwanderer finden.“

Seit Israels Staatsgründung 1948 habe es keinen US-Präsidenten mit einem derart distanzierten Verhältnis zu Jerusalem gegeben wie Bush, glauben viele US-Juden. Außenminister Baker soll seine Abneigung kürzlich gar texanisch-rüde bekundet haben: „Scheiß auf die Juden, sie haben uns ja doch nicht gewählt.“ Bush hatte 1988 ungefähr ein Drittel der jüdischen Stimmen gewonnen.

Selbst einen verräterischen Akt traute Washington nunmehr dem engen Verbündeten zu: Israel, so ein Prüfer des Außenministeriums, habe amerikanische High-Tech-Waffen vertragswidrig an Drittländer weitergegeben – sogar das streng geheime Raketenabwehrsystem „Patriot“ soll so nach China gelangt sein.

Kein amerikanischer Präsident vor Bush hat es je gewagt, die jüdischen Wähler nachhaltig zu verprellen; zu wichtig waren ihre Stimmen und ihre Spenden. Auch jetzt drohte der Washingtoner Di-

rektor der Antidiffamierungsliga, Jess Hordes: „Es gibt Ärger und Bestürzung über die Bush-Politik. Daraus wird ein Unwille entstehen, diese Regierung zu wählen oder Geld für den Wahlkampf zu geben.“

Doch dieses probate Druckmittel, von David Ben-Gurion bis zum derzeitigen Premier Schamir immer wieder erfolgreich angewandt, scheint nun plötzlich nicht mehr zu verfangen. Das belegt das überraschende Ergebnis einer Umfrage der beiden US-Wissenschaftler Steven Cohen und Seymour Martin Lipset unter Spitzenfunktionären amerikanisch-jüdischer Organisationen:

▷ 88 Prozent von ihnen sind für die Rückgabe besetzter Gebiete im Tausch gegen „glaubwürdige Friedensgarantien“.

▷ 85 Prozent verurteilen Schamirs Schwur, „niemals auch nur einen Zoll“ Land preiszugeben.

▷ 79 Prozent können sich langfristig sogar einen eigenständigen Palästinenserstaat vorstellen; und

▷ 78 Prozent wünschen, daß Israel seine umstrittene Siedlungspolitik „einfriert“, um die Kreditbürgschaft zu erhalten.

Die Unnachgiebigkeit der israelischen Regierung, an der die Nahost-Friedenskonferenz scheitern könnte, brachte die jüdische Gemeinde in einen schwierigen Loyalitätskonflikt. „Plötzlich sind amerikanische Juden zwischen den Fronten“, erklärt Rabbi Arthur Hertzberg,

* Vergangene Woche in New York.



israelischer und schließlich anti-jüdischer*

prominenter US-Friedensaktivist. „Sie würden gern weiter mit dem Bewußtsein leben, daß Amerika und Israel immer Seite an Seite stehen. Aber angesichts der konfrontativen Beziehung von Bush und Schamir können sie sich einer Entscheidung nicht mehr entziehen.“

Das ist um so schmerzlicher, als viele US-Juden mit einem latenten Gefühl von Schuld gegenüber Israel und dessen Bürgern aufgewachsen sind.

Die Autorin Joyce A. Starr, politische Beraterin der Präsidenten Carter, Reagan und Bush, hat diesen Minderwertigkeitskomplex so analysiert: „Für Hunderttausende amerikanischer Juden ist Israel zum Lebensanker geworden, zur einzigen Grundlage ihres Selbstwertgefühls. Aber sie empfinden es als ständige Qual, daß sie nicht die Kraft finden, die letzte Verpflichtung einzugehen: nämlich dort zu leben.“

Seit der Staatsgründung sind weniger als 75 000 amerikanische Juden nach Israel ausgewandert, überwiegend aus religiösen Gründen. Nicht einmal ein Drittel aller US-Juden hat Israel jemals besucht, und nur zehn Prozent von ihnen kommen ein zweites Mal.

Jetzt hat sich die Entfremdung noch verstärkt. Die mehrheitlich liberal gesinnten und daher der Demokratischen Partei verbundenen US-Juden fühlen sich von den kompromißlosen Großisrael-Ideologen um Jizchak Schamir abgestoßen, als wären es ungehobelte Verwandte.

Nachhaltig wurde der Familienfriede gestört, als ultraorthodoxe Politiker in

der Jerusalemer Regierungskoalition eine Debatte über die brisante Frage begannen, wer sich eigentlich Jude nennen dürfe. Die Nationalreligiösen forderten, daß Konvertierte nur dann in die jüdische Glaubensgemeinschaft aufgenommen werden dürften, wenn sie von orthodoxen Rabbinern geprüft und für tauglich erklärt worden seien. 40 Prozent aller verheirateten amerikanischen Juden haben Ehepartner, die ursprünglich anderen Religionen angehörten – nach den Vorstellungen der Ultras hätten diese Partner meist kein Heimatrecht in Israel mehr.

Die Frage „Wer ist Jude?“ habe alle Juden schockiert und das „amerikanische Judentum gegen die israelische Politik vereint“, sagt Gordon Zacks, der im Bush-Wahlkampf 1988 für die jüdischen Wähler zuständig war.

„Diese schwachsinnige und überflüssige Debatte ist das Schlimmste, was uns in den 38 Jahren unseres Bestehens passieren konnte“, klagt auch ein Abteilungsleiter der proisraelischen Lobby-Organisation Aipac. Mächtiger und besser organisiert als selbst die National Rifle Association, die Interessenvertretung der amerikanischen Waffennarren, ist Aipac „eine der verachtetsten und angesehensten, am meisten bewunderten und gefürchteten Organisationen in den USA“ (so die *Washington Post*).

Zur alljährlichen Hauptkonferenz in der scharf bewachten Washingtoner Zentrale machen die prominentesten Abgeordneten aus Senat und Repräsentantenhaus ihre Aufwartung. Aipac-Direktor Tom Dine, früher im Beraterstab Edward Kennedys, sowie sein Chefideologe und Direktor für Außenpolitik, Steven Rosen, lassen ihre guten Verbindungen am liebsten im geheimen spielen. Rosen in einem internen Memorandum: „Eine Lobby ist wie eine Nachtpflanze. Sie gedeiht im Dunkeln und verwelkt in der Sonne.“

Um seine Bedeutung in Washington zu belegen, zitiert Tom Dine

* Israelis ketten sich an Baufahrzeuge, um gegen neue Siedlungen zu protestieren.

gern einen Satz von Lawrence Eagleburger, dem stellvertretenden Außenminister der USA: „Dine, ich gebe mich mit Ihnen nur ab, weil Sie mir schaden können.“

Wenn es dagegen nach Leuten wie Jerome Segal geht, dann müßte der Einfluß von Aipac „lieber heute als morgen zurückgedrängt“ werden. Denn: „Sie behaupten, die Interessen von uns Juden zu vertreten. Tatsächlich sorgen sie eher dafür, daß die Stimmung in den USA allmählich antiisraelischer und schließlich auch anti-jüdischer wird.“

Segal, 48, leitet die Organisation „Jewish Peace Lobby“ mit 2500 Mitgliedern in 40 Bundesstaaten, darunter über 200 Rabbiner. Der Friedensaktivist, der 1987 mit anderen amerikanischen Juden PLO-Chef Jassir Arafat in dessen Hauptquartier in Tunis besuchte, plädiert für einen „ehrlichen Dialog und Ausgleich mit den Arabern“. Sein Glaubenssatz: „Der Kampf um einen unabhängigen Palästinenserstaat ist zugleich auch der Kampf um ein humanes und sicheres Israel, da es kein Judentum ohne die Verpflichtung zur Gerechtigkeit geben kann.“



Protest im Westjordanland*: „Gefährlicher Weg“